

Home > Politik > Politik Europäische Union > Kommentar: Europa muss sich entscheiden

16. Mai 2020, 10:31 Uhr Europäische Union

Zeit der Entscheidung



Die EU ist politisch nicht zu Ende gebaut, sondern auf halbem Wege stehen geblieben: ein Koloss, der nicht weiß, wohin er will. Dieses Versäumnis holt sie jetzt ein. (Foto: dpa)

Der Konflikt zwischen dem Bundesverfassungsgericht und den EU-Institutionen war unvermeidbar. Er legt die Schwächen der Union bloß. Will Europa überleben, muss es den Sprung in eine politische Union wagen.

Kommentar von Thomas Kirchner



Manchmal braucht es einen Blitz, um klarer zu sehen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank ist so ein Blitz. Er erhellt die Lage und lässt das eigentliche Problem erkennen, das hinter dem Richterspruch aus Karlsruhe steckt: die ungeklärte Frage, wie es weitergehen soll mit dem gemeinsamen Europa. Die Politiker drücken sich vor dieser Frage, aus Mutlosigkeit, aus teilweise verständlicher Angst vor Widerwillen in der Bevölkerung. Deshalb ist die [EU](#) nicht zu Ende gebaut, sondern auf halbem Wege stehen geblieben: ein Koloss, der nicht weiß, wohin er will. Dieses Versäumnis holt die EU jetzt ein.

Diese Webseite verwendet u.a. Cookies zur Analyse und Verbesserung der Webseite, zum Ausspielen personalisierter Anzeigen und zum Teilen von Artikeln in sozialen Netzwerken. Unter [Datenschutz](#) erhalten Sie weitere Informationen und Möglichkeiten, diese Cookies auszuschalten.

OK

gelegentlich zurückstecken zu müssen, überstimmt zu werden - im Glauben, dass dies langfristig eben doch in ihrem Interesse sei. Den Briten ging das zu weit, deshalb sind sie ausgetreten.



EZB-Urteil

Wie es zum großen Knall kommen konnte

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in einen Kompetenzstreit mit dem Europäischen Gerichtshof verstrickt. Wie die Rivalität aufgelöst werden könnte, weiß im Moment niemand so genau.

Von **Wolfgang Janisch**

Doch der europäische Wille, dieses Ja zu Europa - und zu den Zumutungen, die damit einhergehen - ist überall, nicht nur in Deutschland, schwächer geworden in jüngster Zeit. Das ist umso gravierender, als wir nicht mehr in der Gemeinschaft der 1980er-Jahre leben. Inzwischen sind die Grenzen gefallen, und bei den Mitgliedern der Euro-Zone geht es ums Eingemachte: das Geld. Wenn "andere" über die eigenen Milliarden entscheiden, wird die Bereitschaft zur Unterordnung auf die Probe gestellt. Dann fällt es noch schwerer, europäisch statt national zu denken.

Verschärft wird die Lage durch die mangelhafte Konstruktion des Euro. Dessen Gründer wussten, dass sie etwas Unfertiges in die Welt setzten. Jacques Delors mahnte, dass zur gemeinsamen Geld- eine gemeinsame Finanzpolitik treten müsse; Helmut Kohl hoffte, die politische Union werde quasi von selbst kommen. Man nahm den Mangel also in Kauf - besser dieser Euro als keiner - und machte sich gegenseitig Mut mit der Erwartung, dass die Einheitswährung die beteiligten Volkswirtschaften homogenisieren werde. Das Gegenteil geschah. Die Länder entwickelten sich auseinander: Das einheitliche Zinsniveau stärkte auf Dauer die Starken und schwächte die Schwachen. Die Finanzkrise akzentuierte das Missverhältnis und führte zur Euro-Krise, die nicht aufhören will. Parallel dazu rückte die politische Union in immer weitere Ferne.

Angela Merkel denkt in die richtige Richtung

In diese Wunde stoßen Euro-Warner wie Peter Gauweiler seit bald 30 Jahren - umso erfolgreicher, je klarer die Widersprüche des Euro zutage treten. Das [Bundesverfassungsgericht](#) hat sich, im Wunsch, das Grundgesetz zu verteidigen, zum Vollstrecker dieser Kritik gemacht. Ein Clash war unvermeidlich: hier das souveränistische Karlsruher Rechtsverständnis, dort die Erfordernisse einer Währungsunion. Die unabhängige EZB handelt eben im

Deshalb wird sich das Problem nicht lösen lassen, wenn sich politisch nichts ändert. Spätestens wenn die Klagen gegen das laufende Corona-Rettungsprogramm eintrudeln, dürfte es endgültig zum Eklat kommen. Denn unter Berufung auf die Dimension der Krise überschreitet die EZB hier aus Karlsruher Sicht vermutlich noch stärker ihre Kompetenzen als bei den bisherigen Anleihekaufprogrammen.

Abhilfe schüfe nur ein Europäisierungsschub, die Unterfütterung der Währungsunion durch eine politische(re) Union: mit europäischem Finanzminister, gemeinsamer Arbeitslosenversicherung, substantiellen Transferzahlungen und - nicht zuletzt - gemeinsam ausgegebenen Anleihen. Ergänzt werden müsste dies durch eine Parlamentarisierung und Demokratisierung der EU samt Ausbau der Kommission zu einer Exekutive, kontrolliert von einem Zwei-Kammern-Parlament.

So sähe ein funktionierendes und auch international schlagkräftigeres Europa aus. Dass es kommen wird, ist unwahrscheinlich. Aber Angela Merkel scheint zumindest in die Richtung zu denken. Im Bundestag hat sie bemerkenswert reagiert auf das Urteil: Unter Berufung auf Delors sagte die Kanzlerin, es müsse jetzt "mehr Integration" geben, nicht weniger; selbst Änderungen der EU-Verträge dürften "kein Tabu" sein. Macht Berlin - dank Karlsruhe - nun doch mit bei den ehrgeizigen Plänen Emmanuel Macrons? Dann könnte es bei der anstehenden Konferenz zur Zukunft Europas entgegen den bisherigen Erwartungen spannend werden.

° SZ vom 15.05.2020/aner [Feedback](#)



Facebook



Twitter



WhatsApp



E-Mail



Flipboard

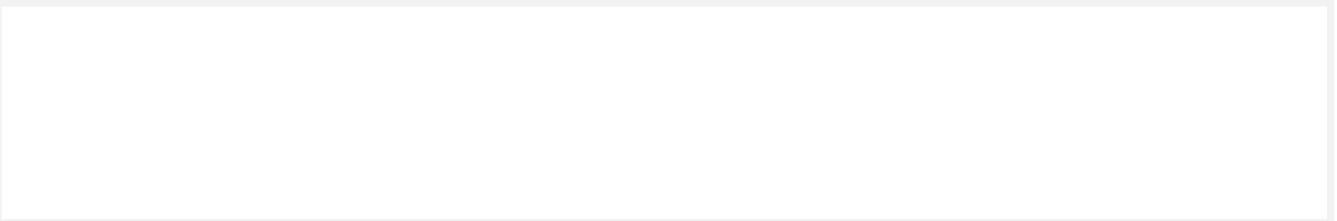


Pocket

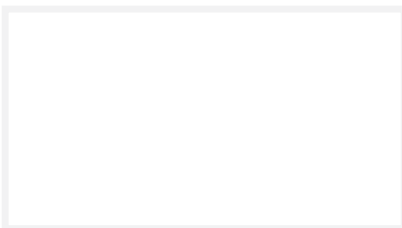
1



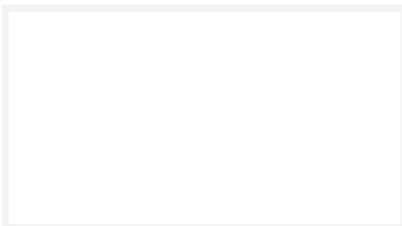
ANZEIGE



CBD Öl - das Geheimnis der Stars



Selbstversuch – Lernen wir wirklich eine Sprache in nur 3...



Was die meisten Computer-Besitzer vergessen zu tun (tun S...

Diese Webseite verwendet u.a. Cookies zur Analyse und Verbesserung der Webseite, zum Auspielen personalisierter Anzeigen und zum Teilen von Artikeln in sozialen Netzwerken. Unter [Datenschutz](#) erhalten Sie weitere Informationen und Möglichkeiten, diese Cookies auszuschalten.

OK

Wenn du gerne spielst, ist dieses Städteaufbauspiel ein Muss. Kein Install.

Fakt 2020: Hausverkaufs-Preise noch auf...

Forger Of Empire schiffe Online Game

Coronavirus

"Eine ganz verheerende Stimmung ist das gerade"

Ursula Bräuning hat in ihrem Leben wenig erschrocken - sie überlebte den Krieg und die Haft in der DDR. Während die Menschen wieder auf die Straßen strömen, sitzt die 92-Jährige alleine in ihrer Wohnung. Über die Ungewissheit und das Gift der Einsamkeit.

Landtag - Saarbrücken

Lafontaine kritisiert Lobbyismus und Bill Gates

Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im saarländischen Landtag, Oskar Lafontaine, hat Lobbyismus im Gesundheitswesen

Diese Webseite verwendet u.a. Cookies zur Analyse und Verbesserung der Webseite, zum Auspielen personalisierter Anzeigen und zum Teilen von Artikeln in sozialen Netzwerken. Unter [Datenschutz](#) erhalten Sie weitere Informationen und Möglichkeiten, diese Cookies auszuschalten.

OK

Trumps "State of the Union"

Männer, Frauen, Diverse: Tragt weiß!

Viele Frauen haben bei der Rede des US-Präsidenten mit weißer Kleidung ein Zeichen gesetzt. Alle anderen Abgeordneten haben eine historische Chance verpasst.

Kommentar von **Jana Anzlinger**

Wikipedia

"Politiker versuchen ständig, die Artikel über sich umzuschreiben"

Katherine Maher leitet die Stiftung hinter Wikipedia. Ein Gespräch über Glaubwürdigkeit, Verantwortung in der Corona-Krise und wie sie erreichen will, dass mehr Frauen für das Online-Lexikon arbeiten.

Gauting

Trauer um Hans-Michael Krepold

Der sportbegeisterte Familienvater bricht am Freitag vollkommen unerwartet bei einer Fahrradtour zusammen.

Von **Carolin Fries**

ich sterbe"

Im Prozess um die Verschleppung und Vergewaltigung einer Studentin hat am Freitag das heute 21 Jahre alte Opfer vor Gericht ihr Martyrium geschildert. "Das...

Mehr zum Thema: Politik Europäische Union

Leserdiskussion

Braucht die EU eine gemeinsame Geld- und Sozialpolitik?

Europäische Kommission

Vestager sieht Bevorzugung Deutschlands bei Staatshilfen

EZB-Urteil

Wie es zum großen Knall kommen konnte

Grenzkontrollen wegen Corona

Leiser Widerspruch aus Brüssel

Grenzkontrollen wegen Corona

Druck auf Seehofer wächst

EU-Kommission

Harte Regeln für den Staatseinstieg

Nach EZB-Urteil

Von der Leyen erwägt Verfahren gegen Deutschland

Reaktion auf EZB-Urteil

EuGH weist Karlsruhe in die Schranken

Geberkonferenz

Ein Impfstoff kann zu einem Machtmittel werden

VERLAGSANGEBOTE

Stellenmarkt

Altenpfleger (m/w/d) für das Social Care Services Europe - SoCaSE GmbH Kompetenzzentrum für Demenz

AWO München-Stadt
80331 München

Physiotherapeut (m/w/d)

ZAR Nanz medico Zentrum für ambulante Rehabilitation
33617 Bielefeld, Bielefeld

Service Desk Agent (w/m/d)

Claranet GmbH
60314 Frankfurt am Main, Frankfurt am Main

Alle Angebote

Meistgelesene Artikel

- 1** Au **Radfahrer stirbt nach Unfall mit anderem Radler**
- 2** Covid-19 **Der Tod in Nembro**
- 3** Prantls Blick **Demonstrationen in bizarren Zeiten**

Leser empfehlen

- 1** Coronavirus **Warum sich im Osten Deutschlands weniger Menschen infizieren**
- 2** Gewalt gegen Männer **"Du bist Luft"**
- 3** Corona-Protteste **Deutschland erlebt einen neuen Pegida-Moment**

ANZEIGE

GUTSCHEINE

GUTSCHEIN	%	GUTSCHEIN	%	GUTSCHEIN	%	GUTSCHEIN	%	GUT
10%		10%				25%		20
OTTO Gutscheine		eBay Gutscheine		Tchibo Gutscheine		Amazon Gutscheine		Bod Rab

[Neue Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

ANZEIGE

VERGLEICHSPORTAL

Stromvergleich	→	Baufinanzierung	→	Kreditkarten Vergleich	→	Tagesgeld Vergleich	→	Han
Gasvergleich	→	Autokredit	→	Girokonto Vergleich	→	Depot Vergleich	→	Han

Diese Webseite verwendet u.a. Cookies zur Analyse und Verbesserung der Webseite, zum Auspielen personalisierter Anzeigen und zum Teilen von Artikeln in sozialen Netzwerken. Unter [Datenschutz](#) erhalten Sie weitere Informationen und Möglichkeiten, diese Cookies auszuschalten.

OK

